

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtliche Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Antke.
Druck und Verlag der Hermann Schilling'schen Verlag- und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 8-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Hg. Die 91 mm breite Reklamezeile 2.10 M.
Rebatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigenannahme bis 5 Uhr nachmittags des Vortags.

165

Limburg, Mittwoch, den 21. Juli 1920.

83. Jahrgang

Spaa und Deutschlands Kohle und Erze.

Der Artikel wurde während der Verhandlungen in Spaa geschrieben. Das in ihm aufgestellte Zahlenmaterial behält auch über die Entscheidung hinaus seine Bedeutung. D. Red. A. 2. Die Wiedergewinnung des Wirtschaftslebens aller Völker ist aussichtslos, wenn nicht überall die Einsicht Platz greift, daß wohl eine zeitlang ein Volk seine Wirtschaft, unabhängig aufrecht erhalten kann, daß aber der durch den Krieg erzeugten scheinbaren Unabhängigkeit keine freiwillige folgen darf. Diese Einstellung ist besonders bei der Kohlen- und Rohstofffrage vonnöten. Vor dem Kriege basierte Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung auf den reichen Kohlen- und Erzlagerstätten und auf einer Rohstoffzufuhr (im Jahre 1913) im Werte von 5000 Millionen Mark. Durch eine Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten im Werte von 7535 Millionen Mark gelang es uns, die für eine gesunde Entwicklung notwendigen Lebensmittel zu kaufen. Wir selbst produzierten im Jahre 1913 etwa 28,5 Millionen Tonnen Eisenerze und etwa 190 Millionen Tonnen Steinkohlen. Da wir bereits im Frieden 14 Millionen Tonnen Eisenerze vom Auslande bezogen und wir jetzt mit dem Verluste Elbahl-Vorkommens 15 Prozent unserer Erzeugung, nämlich 21 Millionen Tonnen einbüßen, sind wir hierin jetzt erst recht vom Auslande abhängig. Ähnlich steht es mit der Kohlenfrage. Die Produktion ist von 190. Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 119 Millionen Tonnen gesunken, abzüglich Elbahl-Vorkommens und des Saargebietes auf 103 Millionen Tonnen. Unser Verbrauch betrug im Jahre 1913 zirka 166 Millionen Tonnen, jetzt abzüglich Elbahl-Vorkommens und des Saargebietes 147 Millionen Tonnen. Ist auch die Produktion im Jahre 1920 etwas gestiegen, so werden doch die Körperliche und seelische Erschöpfung der Bergarbeiter als auch technische Umstände noch lange hinderlich wirken. Das im Verlage der Kultur-Liga, Berlin W 35, erschienene Heft „Zur Kohlen- und Rohstofffrage“ von Dr. Ernst Hamburger gewährt über die genaueren Gründe einen guten Überblick. Unser Vertreter in Spaa, erkannte richtig, daß solange die Ernährungsfrage nicht geregelt ist, und wir nicht genügend Kohle erhalten, eine Steigerung der Produktion nur schwer zu erreichen ist. Die Entente fordert nun von uns je Monat 2 Millionen Tonnen Kohlen, also im Jahre 24 Millionen Tonnen. Unsere Vertreter haben sich bereit erklärt, bis zum 1. Oktober 1920 etwa 1 320 000 Tonnen je Monat zu liefern, vom 1. Oktober ab 1 680 000 Tonnen und die Lieferung bis zum 1. Oktober 1921 bis auf 1 840 000 Tonnen je Monat zu steigern. Aus diesen Ziffern geht der Ernst der Lage wohl einwandfrei genug hervor, da uns an und für sich bereits 40 Millionen Tonnen fehlen. Falls Oberbefehlshaber verlesen geht, würden wir weitere 43 Millionen Tonnen einbüßen. Unsere Vertreter in Spaa stehen vor einer schweren Entscheidung. Ganz gleich, ob unsere Vorschläge über die der Entente endgültig sind, eine Erfüllung dieser Forderungen als auch der übrigen des Friedensvertrages und damit überhaupt ein allmählicher Wiederaufstieg sind nur möglich, wenn das gesamte deutsche Volk geeint an die Arbeit geht, wenn alle Kreise des deutschen Volkes gleich ob rechts oder links, ob Kopf- oder Handarbeiter, zusammenstehen.

Eine Unterredung mit Dr. Simons. Die Gründe der Unterzeichnung des Abkommens von Spaa.

Berlin, 19. Juli. (W.B.) Dem Herausgeber des „Abendblattes“ sagte Reichsminister Dr. Simons, über Spaa aufgetragen: Ich hätte die Bedingungen nicht angenommen, wenn ich nicht in der Haltung der Sachverständigen gewisse Schwankungen bemerkt hätte, die meine ursprüngliche Stellungnahme, insbesondere in der Kohlenfrage erschütterten. Die Entwarnung ist natürlich eher innerhalb sechs Monaten durchzuführen, als in drei Tagen. Bezüglich der Kohlenlieferung fragt es sich vor allem, wie viel neue Möglichkeiten vorhanden sind und ausgenutzt werden können. Es kann vielleicht noch manches geschehen, um zu einer stärkeren Kohlenförderung zu gelangen. Auch die Erklärung Lloyd Georges in bezug auf die Verteilung der elbahlischen Kohle hat mitgewirkt, mich — schweren Herzens — zur Unterschrift zu veranlassen. Die Entwaffnungsfrage scheint mir übrigens noch schwieriger und noch heikler als die Kohlenfrage zu sein. Wir dürfen nicht übersehen, daß ganz ungeheure Mengen von Waffen in unbesetzten und ganz gewiß nicht ungefährlichen Händen sind. Ich begrüße es im übrigen, daß die Konferenz in Senf vorbereitet werden kann, als es bezüglich der Konferenz in Spaa möglich war, in die man höchst ungenügend vorbereitet gegangen ist. Wir haben einen Fehler begangen. Im Friedensvertrag zu unterschreiben in der irrigen Annahme, er würde von seinen Urhebern selber nicht ernst genommen werden, das war ein Irrtum. Der Friedensvertrag wird furchtbar ernst genommen, und damit werden wir immer zu rechnen haben. Ich möchte nicht gern die Grenzen meines Ressorts überschreiten, aber ich darf doch sagen, daß ich auf die Dauer ein Fernbleiben der Mehrheit der Sozialisten von der Regierung als eine Fälschung der tatsächlichen Zustände in Deutschland betrachten würde. — Was die Frage: „Kann an eine wirkliche Völkervereinigung in absehbarer Zeit geglaubt werden, und halten Sie die Teilnahme Deutschlands in den Völkerbund nach Ihren Erfahrungen gewonnenen Eindrücken für wahrscheinlich?“ meinte Simons: „Der Haß brennt noch zu tief, und die Wunden sind noch zu frisch, als daß ich eine solche Völkervereinigung in absehbarer Zeit als wahrscheinlich ansehen kann. Ich halte es aber für die Pflicht eines jeden Staatsmannes

auf diese Ziel hinzuwirken. Der Weg bis zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund scheint mir jedenfalls noch reichlich weit zu sein.“

Der Hezapostel Poincaré.

Paris, 19. Juli. (W.B.) Im Matin schreibt der ehemalige Präsident Poincaré: „Die Deutschen zu kontraktlichen Verhandlungen über die Ausführung des Friedensvertrages einzuladen, konnte doch nur bedeuten, daß man ihnen zu verstehen geben wollte, man wäre geneigt, den Vertrag nicht vollkommen auszuführen und ihn zu ihren Gunsten abzuändern. Wenn man sich vor ihnen mit dem Zeigewort im Schnabel wie die Friedenstauben hinstellt, nützt dies, sie natürlich in ihrer Arroganz und ihren Forderungen ermutigen. Poincaré hofft, daß einige Alliierte, leicht seien sie jetzt über die wirkliche Verfassung der deutschen Regierung unterrichtet. Vielleicht hätten sie verstanden, daß die Sprache, deren man sich bedienen müsse, um mit Deutschland zu reden, die Sprache der Festigkeit sei.“

Eine linksradikale Kampforganisation?

Der „Berliner Volksanzeiger“ veröffentlicht Einzelheiten über die Bildung einer linksradikalen Kampforganisation in Berlin. Unter der Maske eines Arbeiterportals hielten allabendlich militärische Arbeiterkompagnien Schwenk- und Handgranatentrübungen ab. Vor kurzem habe eine große Geländebildung in der Spandauer Gegend stattgefunden, an der sich 1750 Personen beteiligten. Das Blatt berichtet weiter über Beziehungen der Linksradikalen zu dem Republikanischen Führerbund: Es seien alle Vorbereitungen für den Kampf getroffen. Zur militärischen Leistung habe man einen Ausländer mit Namen Vimal, der schon auf Seiten der Bolschewisten gekämpft haben soll. Am Sonntag habe eine Sitzung der Kampforganisation in Berlin stattgefunden, die sich mit einer intensiven Werbearbeit in der Reichswehr beschäftigte.

Gegen die Gesetzmacherei.

Dresden, 19. Juli. Der mehrheitssozialistische sächsische Justizminister Dr. Gamsch, der eine lange Praxis als Rechtsanwalt hinter sich hat, hegt Befürchtungen, daß wir auch in der Rechtspflege zu einem Bankrott kommen, wenn die Gesetzmacherei so weiter gehe, wie seit einigen Jahren. Er wünscht auch hier weisse Sparsamkeit. Nach seiner Überzeugung findet sich jetzt auch der klügste Kopf in der Rechtspflege nicht mehr zurecht. Die Gesetze seien oft so unklar, daß es eine Kunst sei, sie richtig, anzuwenden. Notwendige Änderungen der Justizgesetze möge man durch Novellen vornehmen und nicht durch völlig neue Gesetze, deren Handhabung bei dem Mangel an Beamten und juristischem Nachwuchs zu einer Katastrophe führen werde.

Die Marburger Studenten und der Kultusminister.

Marburg, 19. Juli. (W.B.) Auf dem Marktplatz fand heute vormittag 11 Uhr eine studentische Protestversammlung gegen den Kultusminister Gamsch wegen der Thüringer Prozesse statt. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Der allgemeine Studentenausschuss der Marburger Studenten erhebt ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit Einspruch gegen die Handlungsweise des Ministers für Wissenschaft und Volksbildung. Um diesem Einspruch größeren Nachdruck zu verleihen, hat sich die gesamte Marburger Studentenschaft auf dem Marktplatz versammelt und protestiert auf das schärfste dagegen, daß der Minister entgegen seiner Pflicht, die Hochschule und ihre Mitglieder zu schützen, selbst deutsche Studenten mit schweren Beleidigungen angreift. In dem von so hoher Stelle ausgesprochener Urteil erblicken wir gleichzeitig ein geschwändriges Eingreifen in ein schwebendes Verfahren, wogegen wir uns auf das schärfste verwahren. Aus dem allgemeinen Studententag, der in drei Tagen stattfindet, werden wir weitere Schritte unternehmen. Wir rufen die deutsche Studentenschaft auf. Helft uns in unserer guten Sache, die auch die Euerer ist!“

Berlin, 19. Juli. (W.B.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Rektor und eine Deputation der Marburger Philipps-Universität wurden beim Minister für Wissenschaft Kunst und Volksbildung wegen seiner Verurteilung über die Marburger Studenten vorstellig, die in einem Berliner Abendblatt vom 7. Juli stand. Nachdem auch von Seiten der Studentenschaft mehrfach die Berechtigung der Anschuldigung des Ministers über die Schuld der beteiligten Marburger Studenten angefochten ist, erklarte der Minister um die Beschleunigung der schon seit längerer Zeit angeordneten Einberufung der Gerichtssachen. Die Rolle, die die Marburger Studenten bei den bekannten Ereignissen in Thal spielten, wird aufgrund der Eingabe der Marburger Universitätsbehörde einer erneuten Prüfung im Ministerium unterliegen. Sollte eine nochmalige Prüfung ein verändertes Bild geben sollte, wird der Minister selbstverständlich bereit sein, diesem Umstände Rechnung zu tragen.

Ein Schulfest.

Wie dem „Berliner Volksanzeiger“ aus Buer in Westfalen gemeldet wird, ist dort ein Schulfest der sozialistischen Eltern ausgebrochen, der sich gegen die Abführung eines sozialistischen Lehrers richtet und die Einrichtung von freischulischen Schulklassen in Buer fordert. Im ganzen streiten etwa 4000 Schulkinder.

Schändliche Behandlung einer deutschen Frau durch die Franzosen.

Die Blätter berichten Einzelheiten über die brutale Behandlung einer Studentin namens Dethleffs in Ludwig-

haben die wegen eines Berichtes über die Abstimmungslage in Jüßburg verhaftet worden war, der durchaus sachlich gehalten war. Sie wurde unter Bewachung eines Schwarzen in einen schmutzigen Raum eingesperrt. Für ihr Lager erhielt sie zwei Decken des schwarzen Wächters, die ihre Erlanlung an Käse verursachten. Als die Verurteilung ihres Aktes schon weit fortgeschritten war, wurde sie endlich in das Krankenhaus in Ludwigshafen gebracht. Von dort gelang es ihr zu entfliehen.

Deutsche Auswanderung nach Südamerika.

Duisburg, 19. Juli. Ueber die deutschen Grenzen ergießt sich in letzter Zeit ein starker Strom deutscher Auswanderer, die sich größtenteils über Rotterdam nach Südamerika begeben. Wie die Behörden mitteilen, müssen die Auswanderer in Rotterdam meist lange auf die Schiffe warten, da die Dampfer auf lange Zeit hinaus alle Plätze ausverkauft haben. Auch viele österreichische Familien befinden sich unter den Auswanderern, die sich größtenteils nach Argentinien begeben.

Der Einbrecher der Villa Hindenburg ermittelt.

Hannover, 19. Juli. (W.B.) Als Täter des Raubveranlasses auf Hindenburg wurde der Arbeiter Albert Gallien, geboren am 13. November 1898 zu Essen, verhaftet. Der Täter gestand bei der Vernehmung ein, in den Garten der Villa Hindenburg eingedrungen zu sein, um dort Obst zu stehlen. Er habe die Verandaträpfe offen gefunden und habe sich, ohne dort stehlen zu wollen, sondern um Unterstützung zu bitten, in das Haus begeben. Er habe nicht gewußt, daß Hindenburg dort wohne, da er erst seit vierzehn Tagen dort wohnhaft sei. Den Schuß habe er nur als Schreckmittel abgegeben, um sich wieder freizumachen. Er habe nicht beabsichtigt, den Generalfeldmarschall zu verletzen.

Der Krieg um eine Sand- und Strandburg.

Königsberg, 18. Juli. Schüler höherer Lehranstalten hatten im Ostseebad Cranz bei Königsberg eine Strandburg errichtet, die sie „Hohenzollern“ nannten und mit schwarz-weiß-roten Fahnen und mit einem Bilde Hindenburgs schmückten. Vor ihr kam es wiederholt zu deutschnationalen Kundgebungen, so daß die Sicherheitspolizei einschritt und die Burg zerstörte. Aber die Schüler bauten die Burg wieder auf und ein Studententag hielt vor ihr eine politische Ansprache. Dann zogen Kurgäste und Schüler zum Amtsvorsteher und verlangte die Herausgabe der Fahnen und begannen antisemitische Kundgebungen. Da verbot der Amtsvorsteher jede Kundgebung auf der Uferpromenade und am Strande. Nun bildeten die Kurgäste einen Ausschuss und erbat telegraphisch von der Regierung Schutz der verfassungsmäßigen Rechte. Drei Schüler hielten trotz des Verbots schwarz-weiß-rote Flaggen und wurden festgenommen. — Die nationalistische Hege in Cranz hat sich soweit gesteigert, daß Polizei und Sicherheitswehr aus Königsberg herangezogen werden mußten. Der Amtsvorsteher ist von einer erregten Menschenmenge überfallen worden. — Infolge dieser Vorfälle haben zahlreiche Kurgäste das Bad schon verlassen.

Kreis Hindenburg oder Jährze?

Breslau, 19. Juli. (W.B.) Den Abendblättern zufolge lehnte der Kreistag des Kreises Hindenburg das Ersuchen der Kreiskontrolleure der interalliierten Kommission auf Umbenennung in Jährze ab. Der Kreistag und der Kreisrat hätten diesen Beschluß dem Generalfeldmarschall von Hindenburg mit und geben der Freude darüber Ausdruck, daß der Generalfeldmarschall der großen Lebensgefahr glücklich entgangen sei.

Hilferufe der Deutschen in Polen.

Königsberg i. Pr., 19. Juli. (W.B.) Mehr als 1500 deutsche Männer, die aus dem Soldauer Gebiet in den letzten Wochen flüchten, sowie Hab und Gut und ihre Angehörigen verlassen mühten, um der rechtswidrigen Einziehung zum polnischen Heeresdienst zu entgehen, richteten an den Oberpräsidenten die dringende Bitte, alles daran zu setzen, um Soldau und die Umgegend und einen Teil des ehemaligen Kreises Neidenburg für Deutschland zu retten. In dem Gesuch heißt es: Im Kreise Neidenburg stimmten 98,5 Prozent für Deutschland. Das Soldauer Land ist noch heute nach dem Willen der Bevölkerung treudeutsch und wird es bleiben. Wir werden uns nie dem polnischen Joch fügen. Helft uns! Rettet uns aus großer Not! (Soldau wurde im Friedensvertrag an Polen abgetreten. — Die Red.)

Aufforderung zum Boykott gegen Polen.

Moskau, 19. Juli. Die russischen Gewerkschaften fordern alle Gewerkschaften der Welt auf, gegen Polen wegen angeblicher Zerstörung von Städten und Fabrikanlagen beim Rückzug und wegen der angeblichen Erschließung russischer Arbeiter den gleichen Boykott zu verhängen wie über Ungarn.

Der Siegeszug der Russen.

Berlin, 20. Juli. Der Siegeszug der Sowjetarmee dauert fort. Auf dem Nordflügel wird bei Grodno am den Rjemenübergang gekämpft. An der Tschara und bei Baranowitschi sind heftige Kämpfe im Gange. Die Polen wollen

einen starken Angriff gegen Rowel aufgehalten haben. Die "gelbliche Bevölkerung befindet sich auf der Flucht vor der heranwachsenden Sowjetrepublik.

Volle Neutralität Deutschlands.

Berlin, 20. Juli. (W.B.) In der morgigen Nr. des „Reichsanzeigers“ wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht:

In der zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetrepublik entstandenen kriegerischen Verwicklung hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich wisse demzufolge darauf hin, daß für jedermann im Reich und für Deutschland im Ausland die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.

Berlin 20. Juli. Reichspräsident Ebert. Simons

Diese Bekanntmachung wird den Regierungen in Warschau und Moskau amtlich zur Kenntnis gebracht.

Die bolschewistische Bewegung in Persien

Paris, 19. Juli. (W.B.) Nach einer Havosmeldung aus Teheran vom 18. Juli hat die 11. bolschewistische Armee den Befehl erhalten, den Vormarsch zu beginnen. Sie hat schon die Provinz Karabagh besetzt und steht, nachdem sie Schirasi besetzt hat, den Vormarsch auf Zangzur fort. Ihr offenkundiges Ziel ist, Verbindung mit den nationalistischen Streitkräften Kemal Mustafa Kemal Paschas zu suchen.

Südslowakisch-österreichische Grenzstreitigkeiten.

Graz, 18. Juli. (W.B.) Nach einer der Landesregierung zugegangenen Meldung besetzten etwa 1000 Südslowaken gestern Freudenau und Abthal. Die Landesregierung ersuchte den Chef der ins Grenzgebiet entsandten Militärmission um Intervention, der auch sofort bei der Laibacher Regierung Vorstellungen erhob, jedoch ohne Erfolg. Auch das Freudenauer Schloß, worin ein englischer Oberst wohnt, wurde von den Südslowaken besetzt. Das südslowakische Militär nahm nachmittags mehrere Verhaftungen von Deutschen vor. Die Landesregierung wandte sich mit einem scharfen Protest gegen die Besetzung an die Laibacher Regierung und im Wege des Wiener Staatsamtes des Außerens an die zuständigen Entente-Mächte. Das Abthal-Bezirk gehört allerdings nach dem Wortlaut des Friedensvertrages den Südslowaken, doch sind die Grenzberichtigungen der bereits in Tätigkeit getretenen Grenzkommission vorbehalten. Radfersburg und Spielfeld und die übrigen von den Südslowaken besetzten österreichischen Gebiete sind noch nicht geräumt worden.

Blutige Kämpfe in Irland.

London, 19. Juli. (W.B.) Aus Cork wird dem „Daily Chronicle“ gemeldet: Demobilisierte Soldaten wollten die Ermordung eines Kameraden rächen und griffen uniformierte Soldaten an. Freiwillige Sinnfeiner kamen den überlästigten Soldaten zu Hilfe. Schließlich traf in einem Panzerautomobil Militär ein, das Feuer auf die Menge gab. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter drei Soldaten.

32. Verbandstag der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Limburg, 18. Juli. Unter zahlreicher Beteiligung der Vertreter angeschlossener Genossenschaften fand hier im großen Saale der „Alten Post“ unter Leitung des Verbandsdirektors Petrus Wiesbaden die 32. Hauptversammlung der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften statt.

Als Ehrengäste waren erschienen: für den Magistrat der Stadt Limburg Herr Beigeordneter Horn, als Vertreter des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Berlin, der Anwalt Regierungsrat Gennes; als Vertreter der Direktion der Nassauischen Landesbank, Herr Geh. Regierungsrat Klau, als Vertreter des Nassauischen Raiffeisenverbandes, Herr Verbandsdirektor Dr. Roden-Frankfurt, als Vertreter der Bezirksbauernschaft, deren Vorsitzender, Herr Landwirt Karl Hepp-Seelbach und Geschäftsführer Herr Kraus-Limburg, als Vertreter der Landwirtschaftskammer, Herr Winterfeldtdirektor Dr. Lütke-Limburg, als Vertreter der Düngemittelindustrie Herr Dr. Kling-Rassel.

Aus dem Jahresbericht des Verbandsdirektors war zu entnehmen, daß das Jahr 1919 unter dem Zeichen regier

genossenschaftlicher Tätigkeit stand und mit einem Zuwachs von 56 neuen Genossenschaften die höchste Ziffer seit Bestehen des Verbandes erreicht wurde. Mehr jedoch als dieser Zuwachs an neuen Mitgliedern fiele die Festigung und gute Entwicklung der angeschlossenen Verbandsgenossenschaften ins Gewicht. Hier habe der Vorstand im engsten Zusammenwirken mit seinen Zentralgenossenschaften große Erfolge aufzuweisen. Die Entwicklung des heimischen Genossenschaftswesens biete ein getreues Spiegelbild der Fortschritte der landwirtschaftlichen Genossenschaftslage im Reich überhaupt. Nach der Statistik des Reichsverbandes seien in 1919 2790 neue Genossenschaften gegründet worden, gegen 1081 in 1918 und 464 in 1917. Dem Reichsverbande, welchem der nassauische Verband angegliedert ist, gehören von dem Gesamtbestande von 31732 landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland 21039 als Mitglieder an. Wilmshaus vereinigte er 66,7 Proz. des Gesamtbestandes in seiner Organisation. Der Stand der dem nassauischen Verbande zugehörigen Genossenschaften habe Ende 1918 283 betragen, in 1919 sei ein Zugang von 56 Genossenschaften vorhanden, während in 1920 bereits weitere 23 neu gegründet wurden. Der Revisionsverband habe im Berichtsjahre 1919 18 genossenschaftliche Bezirksversammlungen in jenen Teilen des Regierungsbezirks Wiesbaden abgehalten, Aus der Statistik ergab sich eine wesentliche Zunahme des Betriebskapitals, sowie der Spareinlagen in den Genossenschaften. Die Genossenschaften möchten die sich jetzt bietende Gelegenheit zur Aufklärung der steuerpflichtigen Mitglieder benutzen, daß sie ihre Kriegssteuern und Reichsnotopfer-Zahlungen mit Kriegsanleihe begleichen, welche sowohl aus eigenem Besitz, wie demjenigen der Genossenschaften mit 100 Prozent, also zum Nennwert aufgerechnet werden.

Besondere Ausführungen machte der Verbandsdirektor über die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, welche er als eine vaterländische Notwendigkeit zwecks Verbesserung der Reichsbankbilanz bezeichnete.

Bemerkenswerte Fortschritte hätten ebenso im Jahre 1919 die beiden Zentralgenossenschaften der Organisation, nämlich die Genossenschaftsbank für Hessen-Rassau und die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft beide zu Wiesbaden, gemacht. Erstere habe mit dem 1. Juli eine Zweigstelle in Limburg eröffnet, zwecks Erreichung einer weitgehenden Zentralisation und Erhöhung der Intensivität der genossenschaftlichen Arbeit. Zu diesem Zwecke sei das Haus Hofheimerstraße 2 angekauft und eingerichtet worden. Das Objekt biete Gelegenheit zur Bereitstellung von Beamtenwohnungen sowie zur Errichtung einer großen Stahlkammer.

Eine große Tätigkeit habe der Verband zur Durchführung der geschlossenen Revisionen bei den angeschlossenen Genossenschaften entfaltet; auch wurden 98 Vorträge zur Festigung und Ausbreitung des Genossenschaftswesens auf dem Lande gehalten. Auf der Bücher-Prüfungsstelle des Revisionsverbandes, welche als eine Art Treuhandgesellschaft arbeite, haben 128 Genossenschaften ihre Jahresrechnung und Bilanz aufstellen bzw. einer Kontrolle unterwerfen lassen. Der Verbandsdirektor erwähnte die anwesenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, auf eine angemessene Erhöhung der Renditeentgelte bedacht zu sein, um die geschuldene Kaufkraft der jetzigen Zahlungsmittel mit der ungeheuerlichen Teuerung unserer Zeit in Einklang zu bringen. Nach weiterer Mitteilung über das Versicherungswesen des Verbandes, Abrechnung des Jahres, Steuerberatung, sowie die Verbandsrechnung 1919 geht der Verbandsdirektor über auf die Schilderung der Beziehungen der Organisation zu den volkswirtschaftlich auf gleichem Gebiete arbeitenden Körperschaften. Mit dem Nassauischen Raiffeisenverbande, der Bezirksbauernschaft sowie Landwirtschaftskammer würden heute beste Beziehungen unterhalten und Hand in Hand mit den genannten Stellen zum Wohle der heimischen ländlichen Bevölkerung intensiv gearbeitet. Als eine dem gesunden Genossenschaftswesen gefährliche Zersplitterung verweist der Verbandsdirektor auf die Genossenschaftsgründungen des mittelrheinisch-nassauischen Bauernvereins, welcher, selbst in Dörfern, wo bereits leistungsfähige Genossenschaften bestanden, sich noch anzusetzen sucht. Ebenso seien die in letzter Zeit gegründeten Händlergenossenschaften vom Standpunkt der Landwirtschaft aus mit Vorsicht zu beurteilen. Das als Verbandsorgan dienende „Nassauische Genossenschaftsblatt“ habe eine stets zunehmende Verbreitung und sei die billigste, den Landwirten zur Verfügung stehende Fachzeitschrift, da der Zellenpreis für Anzeigen nur 40 Pfg. betrage. Es sei wünschenswert, daß die angeschlossenen Genossenschaften ausnahmslos für sämtliche Mitglieder das Verbandsorgan bezögen. Der Verbandsdirektor schloß seinen mit großem Beifall aufgenommenen Be-

richt, indem er allen treuen Mitarbeitern den Dank der Organisation für gewissenhafte Pflichterfüllung abstattete. Das sei erreicht, jedoch bringe die Zukunft noch große Aufgaben, welche von der Kraft des genossenschaftlichen Wandels sicher einer guten Lösung entgegengeführt werden könne. Genossenschaftlich arbeiten heißt gemeinsinnig und wenn alle Berufsstände sich mit den Verbänden vereinigten, dann würde es sicher gelingen, unser armes, aus lauter Wunden blutendes Vaterland allmählich wieder einer besseren Zukunft zuzuführen.

Namens der Rechnungs-Prüfungs-Kommission berichtete Landwirt Georg Haymann-Niederneisen über die vorgenommene Prüfung von Verwaltung und Rechnung des Verbandes, welche zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben habe. Der Verbandstag beschloß einstimmig Genehmigung der Rechnung und Entlastung des Verbandsvorstandes.

Die aus dem Verbandsauschuß sachungsgemäß ausgesendeten Mitglieder, Reichstagsabgeordneter Karl Hepp-Seelbach, Landwirt Georg Haymann-Niederneisen und Bürgermeister Lanz-Heringen wurden wieder und anstelle des hohen Alters ausscheidenden Beigeordneten Johann Hochheim Herr Lehrer Hartmannsen-Erbenheim als neues Mitglied des Verbandsauschusses gewählt. Nach dem Vortrag des Verbandsdirektors wurde alsdann ein neues Statut für den Revisionsverband einstimmig angenommen und im Jahre 1920 eine Neuordnung der Verbandsbeiträge und des Rechnungswesens der Organisation ebenso einstimmig beschlossen.

Zu einer regen Aussprache gab der Vortrag des Verbandsdirektors über die Zentralgenossenschaft, Herrn Dr. Ludwig Chelius, über Abfall landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Genossenschaften Veranlassung. Hier nahmen neben dem Richterthater das Wort, Anwalt Regierungsrat Gennes der Geschäftsführer der Bezirksbauernschaft Kraus, Landwirt Haymann und Lehrer Matthäus-Rüdenbach. Die Ausführungen des Referenten wurden vom Verbandstage in allen Teilen gutgeheißen und ein intensives Zusammenarbeiten der Genossenschaften mit den Orts- und Kreisbauernvereinen als unumgänglich notwendig erkannt.

Nach mehr als fünfständiger Verhandlungsdauer schloß der Verbandsdirektor die 32. Hauptversammlung, indem er die Hoffnung Ausdruck gab, daß der nächstjährige Verbandstag unter ausgiebigeren wirtschaftlichen Verhältnissen abgehalten werden könne.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 21. Juli 1920.

Der Kartoffelerzeuger-Höchstpreis laut einer Bekanntmachung der Provinzialkartoffelstelle Cassel mit Wirkung vom 21. Juli ab von 35 Mark auf 32 Mark je Zentner herabgesetzt.

Der Raubmörder Fritz Schulz soll nach den Gerichten zufolge von vier nach Diebstahlstrafe verurteilt worden sein. Diese Nachricht trifft nicht zu. Fritz Schulz befindet sich nach wie vor im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis. Die Verteidigung hat gegen das gegen ihn gefällte Urteil beim Reichsgericht die Revision beantragt. Das Urteil gegen den Bruder Franz Schulz ist rechtskräftig. Franz Schulz büßt seine Strafe bereits im Straßgefängnis in Friedberg ab.

In der Lohnbewegung zwischen dem Arbeitgeberverband für die Rast-, Ton-, Ziegel- und Zementindustrie für die mittlere Rast und den Arbeiterorganisationen fand am Montag Termin vor dem Schlichtungsausschuß in Limburg statt. In demselben konnte keine vollständige Klärung der Sachlage erzielt werden und wurde die Verhandlung auf Montag, den 26. Juli, vertagt. Hoffentlich kommt eine Einigung zustande, jedoch wie im hiesigen Gebiet vor Erschütterungen und Unruhen bewahrt werden. Für die Basaltindustrie ist in derselben Sache die nächste Tage Termin vor dem Schlichtungsausschuß in Köln. Das Grauerodegebiet hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch mit einer 15prozentigen Lohnherabsetzung gefällt.

Im Kampf gegen die Wohnungsnot. In einer jetzt veröffentlichten amtlichen Uebersicht über die Bautätigkeit im ersten Vierteljahr 1920 war aus 42 Kreisen Großstädten und aus 25 Städten von 50.000 - 100.000 Einwohnern berichtet. Danach wurden in den 42 Großstädten 541 neue Wohnhäuser gebaut, während 14 abgebrochen. Durch andere Ursachen in Abzug gekommen sind, so daß der Häuserbestand um 527 v. m. h. hat.

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

23) (Nachdruck verboten.)

12. Aber als Wera dann endlich kam, merkte Roland zu seinem Erstaunen, daß heute nicht gut Rirschen essen war mit ihr.

Schon beim Eintritt stand ihr eine finstere Falte auf der Stirn. Den ganzen Tag hatte sie daheim nichts als Aerger hineinschluden müssen. Da war erst Daniela gekommen — wieder einmal mit ihren „Albernheiten“, wie Wera es bei sich nannte — und hatte unaussprechlich über Egon geklagt, der ihr angeblich „unten“ sein sollte. Mama natürlich glaubte alles. Dann schämten sie sich beide nicht, heimlich zum Portier des Sanatoriums zu gehen, um sich nach dem Befinden „der Dame zu erkundigen, die Dr. Heidolf heute operierte.“ „Der Name sei ihnen momentan entfallen — wie hieß sie doch gleich?“ Natürlich war ihnen der Portier auf den Leim gegangen und hatte den Namen arglos genannt.

Triumphierend waren sie damit heimgekommen. Lore Sand! Gottlob, nun wußte es Daniela! In ihrer Freude darüber erklärte sie sich dann sogar bereit, doch mit zu Noldes Gesellschaft zu fahren.

Und zu alledem mußte man still sein! Als Wera nur einmal den Mund aufstun wollte, fuhr ihr Mama gleich über den Schnabel.

„Liebe Wera, bitte, mende dich da nicht ein! Dana hat ganz recht, wenn sie entschlossen ist, diese Geschichte gleich im Keim zu ersticken.“

Natürlich! Daniela hatte immer recht. Nach Mamas Meinung waren überhaupt die Frauen immerhin Recht, wenn sie ihre Männer quälten und ihnen das Leben erschwerten!

Dann schickte Baron Thawann ein Bukett für Wera die nun erst erfuhr, daß Noldes für heute abend „selbstverständlich“ auch Thawanns geladen hatte.

Aus einigen Bemerkungen Mamas entnahm sie ferner, daß man für heute in dieser Sache eine Entscheidung von ihr erwarte.

„Denn gewiß ist das Bukett nur eine zarte Andeutung, daß er sich dir heute erklären will,“ meinte die Frau Hofrätin argzählig.

„Gut,“ dachte Wera, „sie sollen endlich ihre Entscheidung haben! Wenn mir auch der Abend nun total verdorben ist und alles anders kommen wird, als sie hoffen.“

Nun mußte sie, obnein schon innerlich erregt, auch hier bei Meisters Dinge hören, die sie reizten.

Oder mußte man sich nicht ärgern, wenn ein Mann so unvernünftig gut und schwach war, wie dieser Roland Meister?

Ohne eine Miene zu verziehen, hatte sie seinen ausführlichen Bericht angehört. Als er aber jetzt mit einem bittenden Blick schloß: „Ich hoffe so sehr auf Sie, Fräulein Wera! Vielleicht wissen Sie ein Mittel, Lou heute daheim zu halten. Es wäre ihr so nötig!“ da fuhr sie ihn schroff an.

„Ja, solch ein Mittel weiß ich. Aber nicht ich, sondern Sie allein können es anwenden! Nehmen Sie ihr das blaßblaue Kästchen weg, auf das sie so eitel ist, und sperren Sie ihr die Wohnungstür vor der Nase zu! Das ist doch sehr einfach!“

Er starrte sie bestürzt an. Dann versuchte er zu lächeln. „Sie wissen wohl, daß dies nicht geht! Ich bin doch kein Barbar und Sie auch nicht die Frau, die sich so etwas bieten ließe!“

„Oho! Warum probieren Sie nicht wenigstens? Soll ich es Ihnen sagen? Weil Sie kein Mann sind! Nein, nicht eine Spur von Männlichkeit steckt in Ihnen! Zwar nachgeben sich in die Ecke drücken lassen, sich auslaugen lassen von dem Egoismus dieser kleinen törichten Frau — ist das nicht erbärmlich?“

Er schwieg lange. Endlich sagte er leinlaut: „Sie tun mir unrecht. Vielleicht bin ich Sie gegenüber kein Mann. Vielleicht keinen Geschöpf, das schwach und hilflosbedürftig ist. Da den brutalen Willen des Mannes herauszulegen, erschiene

mir roh. Aber ich bin immer ein Mann gewesen, wo es Leben Mut oder Taten erfordert!“

„O ja — Taten der Selbstentäußerung! Zum Beispiel eine Nachtlage aufhören, wenn man tobnade ist, nur damit ein verzogenes Kind seinen Willen hat! Sieh auf Kosten ihrer Gesundheit zu Tode arbeiten, damit dieses Kind glücklich kann! In abgeschabten Kleidern herumrennen, weil man besser immer irgend einem armen Teufel schenkt! Das sind Ihre Selbstenaten!“

„Nun ja. Aber würden Sie zum Beispiel nicht das selbe tun, Fräulein Wera? Tun Sie es nicht — mit anderer Weife?“

„Ja bin eine Frau. Da ist es ganz natürlich. Ich bin ein Mann.“

„Hören Sie es denn gar so schön, wenn ein Mann seine Kraft nur im Rahmen des Faustrechts beweist. Dachten Sie nie daran, daß mehr Kraft dazu gehört, andern freiwillig unterzuordnen, als sie zu tyrannisieren?“

„Sich unterzuordnen ist immer Pflicht der Frau!“

„Verzeihen Sie, aber dies ist eine Phrase, die wir dankbarlos aus Zeiten vergangener Gewalttätigkeiten übernommen haben! Die Seele des Menschen weiß nichts von „Mann“ und „Frau“. Sie hat nur die eine Pflicht, angeborene Art zu betätigen. Das ist ihre Kraft und Stärke. Es gibt Seelen, die unfähig sind, sich unterzuordnen, und andere, die es gern tun, aus Liebe — in beiden Geschlechtern. Warum soll die eine besser sein als die andere, warum durch Zwang in ein Schema knechten lassen? Gott hat sie so — also hat sie ein Recht zu sein!“

Nach, Schlag auf Schlag, waren die Worte gefallen, während die Blide beider sich freuten. Je ruhiger Wera blieb, desto grimmiger wurde Wera. Nun lag sie auf ihren Gesicht. Unwirsch stieß sie heraus: „Das ist Ausreden, die Sie sich selbst machen, weil Ihnen der Kampf fehlt! Warum, wenn Ihr System der gegenseitigen Güte so gut ist, rufen Sie mich zu Hilfe gegen Eigeninn?“ „Ich kann ihr nichts verbieten!“

„Das sollen Sie auch nicht. Aber ich dachte, Sie seien Ihre Freundin!“

„Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung.“ Die Nationalversammlung hat kurz vor ihrer Schließung angenommen, die besagt: „Der Standesbeamte soll nach dem Gesetz über den Personenstand eine Bestimmung über die Verlobten und diejenigen, deren Einwilligung nach dem Gesetz erforderlich ist, vor Anordnung des Aufgebots je ein Verlobter auszuhandeln, in dem auf die Wichtigkeit einer ärztlichen Beratung vor der Eheschließung hingewiesen wird.“ Damit werden in Deutschland die Gesundheitszeugnisse faktisch eingeführt, die in einigen nördlichen Staaten nur fakultativ eingeführt sind; von Amts wegen vor jeder Eheschließung gefordert werden; damit wird aber der Boden vorbereitet für eine eventuelle spätere obligatorische Vorlegung dieser Zeugnisse. Zur Ausstellung von Gesundheitszeugnissen werden zunächst wohl alle Ärzte befähigt sein, es ist jedoch anzunehmen, daß in absehbarer Zeit besondere Vertrauensärzte als „Eheberater“ bestellt werden, die nach einer gesetzlichen Regelung der Eheschließung allein noch befähigt sein werden, diese Zeugnisse auszustellen.

„Schweinemeister.“ In unserem neuen republikanischen demokratischen Staatswesen räumt man zurzeit mit den alten Titeln auf. Mancher hat schon seine liebgeordnete, erworbene oder ererbte Dienstbezeichnung mit einer anderen vertauscht. Das Neueste aber auf diesem Gebiet wurde dieser Tage bei einer Verhandlung vor dem höchsten Schöffengericht festgestellt. Ein Zeuge bezeichnete seinen Beruf mit dem schönen Titel „Schweinemeister“. Dem Gericht, dem weder der Titel noch das Amt, das der Mann bekleidete, geläufig war, stellte durch näheres Befragen fest, daß der Zeuge im Dienste der Stadt Frankfurt einen schönen Posten innehatte, den man früher ganz einfach und unromantisch mit dem Ausdruck „Saubert“ bezeichnet hatte. Heute, wo das Schwein so enorm in der allgemeinen Achtung und Wertschätzung gestiegen ist, kann sein Behälter mit Recht auf den schöneren Titel „Schweinemeister“ Anspruch erheben.

Auslandsbriefe in allen Sprachen. In Briefsendungen nach dem Auslande war bisher nur eine Reihe bestimmter Sprachen zugelassen. Von jetzt ab können Auslandsbriefe in jeder beliebigen Sprache abgesetzt werden. Da indessen nicht bei jeder Postüberwachungsstelle Prüfer für alle Sprachen vorhanden sind, werden Briefe in fremden Sprachen von der zunächst zuständigen Stelle an eine andere Postüberwachungsstelle, die über einen der gewählten Sprachen kundigen Dolmetscher verfügt, weitergeleitet werden müssen.

Kunze, 19. Juli. Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Herrn Amend fand am Donnerstagabend eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Als Punkt 1 der Tagesordnung stand die Wahl eines Magistratschöffen an Stelle des wegen Wegzugs aus seinem Amt scheidenden Herrn Wilhelm Diehl. Der Stadtverordnete H. Kraus wurde mit 8:1 Stimme als Magistratschöffe gewählt. Alsdann stellte der Herr Bürgermeister den Verwaltungsbereich, wofür demselben sowie dem Magistrat von Seiten der Versammlung der Dank ausgesprochen wurde. Zum Schluß wurde der Etat 1920/21 beraten und festgestellt. Hieraus ist besonders hervorzuheben, daß die städtischen Beamten nach den staatlichen Grundsätzen ab 1. April 1920 angestellt worden sind. Dem Bürgermeister bewilligte man eine Schreibhilfe, indem man einstimmig anerkannte, daß derselbe ohne einen weiteren Beamten nicht mehr in der Lage war, die Arbeiten zu bewältigen. Den vertragsgemäß angestellten städtischen Beamten und Beamtinnen bewilligte man eine Gehaltsaufbesserung resp. Teuerungszulage. Um 11½ Uhr schloß der Stadtverordnetenvorsteher die Versammlung. (Weiß. Anz.)

Frankfurt, 19. Juli. Das Haus mit dem doppelten Ausgang. Der Friseur Ad. in Höher aus Eisebad und der Elektromonteur Andreas Burkhardt aus Zellhausen schiedelten einer Frau Komplexion vor, sie könnten ihr Bett mache in einem Haus der R. o. Prinzstraße verschaffen. Sie erhielten auch von der R. ankaplegerin einen größeren Gelddbetrag und nahmen sie zu einem betriebsfähigen Haus mit, worin sie wohnen wollten; in dem Haus enthielt sich ein Mann mit dem Geld durch einen zweiten Ausgang. Es wurde festgestellt.

Frankfurt, 20. Juli. Ein gewinnbringender Stichtag. Bei dem Gewitter am Sonntag fällte ein Sturz zwei Bäume in der Nähe des Peterskirchhofes. Raum lagen sie da, kamen auch schon Leute mit Wagen, Beilen und Sägen, und in wenigen Minuten waren die Bäume sauber weggeräumt.

Frankfurt, 20. Juli. Das eigene Kind erschossen. Als der Nikolaus Hertlein am vierten Tage nach Beginn seiner Tätigkeit als Hilfspolizist am 18. Mai in seine Wohnung heimkehrte und sein sechsjähriges Kind ihm entgegen trat, legte er aus Scherz den Karabiner an, ein Schuß trugte und das Kind stürzte zu Tode getroffen hin. Wegen fahrlässiger Tötung stand Hertlein jetzt vor der Strafkammer und erklärte, daß er im Glauben gewesen sei, die Waffe wäre nicht geladen, da er die zehn Patronen, über die er verfügte, noch in der Tasche hatte. Sein Karabiner sei ohne sein Wissen von einem Kameraden benutzt und geladen und nicht geladert worden. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis gegen Hertlein. Das Gericht erließ in der Handlungsweise des Angeklagten eine Fahrverbot, weil er sich nicht vergewisserte, ob das Gewehr geladen war. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte schon leicht schwer geschädigt ist, wurde auf drei Monate Gefängnis erkannt.

Wiesbaden, 19. Juli. Die Kreisbauernschaft unseres Landkreises ist mit dem von der Provinziallandtagskommission festgesetzten Höchstpreis von 35 Mark für Frühkartoffeln nicht einverstanden und verlangt unter Streikandrohung 50 Mark.

Wiesbaden, 19. Juli. Die französische Kolonie von Mainz und Wiesbaden veranstaltete gestern auf dem hiesigen Friedhof eine Gedächtnisfeier für die für ihr Vaterland gefallenen und hier beerdigten französischen und deutschen Krieger. Dabei hielt der französische Oberst Menier die Gedächtnisrede, in der er nach dem „Echo du Rhin“ zum Schluß sagte: „Ich möchte nicht schließen, ohne nicht in Hochachtung der Pictät zu gedenken, mit der die deutschen Stadtverwaltungen die Gräber unserer französischen Soldaten instandhalten. Überall, wo ich weile, habe ich dieselbe Pflege und den gleichen Respekt vorgefunden.“

Bingen, 20. Juli. Am Sonntagabend wurden vier Boote der hiesigen Rudergesellschaft bei der Heimkehr von einem Ausflug von einem plötzlich einsetzenden Gewittersturm überfallen. Eines der Boote kenterte. Zwei von den Insassen ertranken, während der dritte gerettet werden konnte.

Marburg, 18. Juli. Auf merkwürdige Weise ist seit dem 6. Juli ein 13 Jahre alter Junge namens Hans Merle von hier verschwunden. Am Lebensmittelpunkt einzukönnen, begab er sich an diesem Tage in die Biedenkopf Gegend. Wie festgestellt ist, wurde der Junge am Montag vor acht Tagen bei Edelshausen beraubt und in einen Kastenwagen gesteckt, aus dem er am anderen Morgen von vorbeigehenden Leuten befreit wurde. Von Biedenkopf aus soll ihn die Polizei nach Hause verwiesen haben, bis heute ist er jedoch noch nicht bei seinen Eltern eingetroffen.

Bortmund, 19. Juli. Opfer eines Revolverhelden. Im Café Teodoro schoß ein junger Mensch auf ein 17-jähriges Schnadern, angeblich, weil er von ihm angepöbeln wurde. Er verletzte das Mädchen durch einen Brustschuß tödlich, verletzte einen Kellner und erschlug einen hinzugegerufenen Schutzwart. Der Täter flüchtete. Es soll sich um einen Zuhälter handeln.

Ein Riesen-Zuckerwindel. Hamburg, 19. Juli. (W.B.) Hier ist man einem umfangreichen Handel mit gefälschten Zuckerbezugscheinen auf die Spur gekommen. Als Verkäufer wurde ein Bonbonfabrikant in Wandersheim ermittelt, der alle Scheine von Angehörigen der Zuckerbezugsstelle in Würzburg erhalten zu haben vorgibt. Er hat sie mit einem Verdienst von 200 Mark für den Schein abgesetzt. Die Käufer haben große Mengen von einem hiesigen Großhändler, der die Fälschung der Scheine nicht erkannt hat, abgehoben. Die Spur einiger Fälscher weist nach Duisburg.

Verhinderter Schmuggelversuch. Berlin, 19. Juli. Durch Beamte der Berliner Kriminalpolizei ist ein großer Schmuggelversuch des Bonifatiuslosters in München verhindert worden. Die Überwachungsstelle für Kapitalabwanderung in Berlin hatte Kenntnis davon verlangt, daß durch Vermittlung eines Berliner Kommerzienrats mit der Uebersiedelung des Bonifatiuslosters nach der Schweiz hohe Werte verschoben werden sollten. Das Kloster hatte die Erlaubnis erhalten, nach der Schweiz auszuwandern. Die Berliner Kriminalbeamten stellten fest, daß der Leiter des Klosters, Pater Gabriel, mit zwei Kunsthandlern in Verbindung stand, die große Risten mit Kunstwerken, Kirchengesamte und Wertpapieren nach dem Kloster transportieren ließen, von wo sie als Kirchengesamte in die Schweiz geschickt wurden. In Lindau am Bodensee wurde der Transport beschlagnahmt, darunter ein kostbares Gemälde von Raffael, viele Altäre mit Zinscheinen und Schecks, die in die Matratzen der Klosterbetten eingenäht waren. Der Wert des Raffael-Gemäldes beläuft sich auf 6 Millionen Mark. Pater Gabriel und ein Kunsthändler namens Brandt wurden verhaftet. Wie weit der Berliner Kommerzienrat an dem Grenzschmuggel beteiligt ist, bedarf noch der Aufklärung. Der Vater gal zur Entschuldigung an, daß er durch Einkäufe für sein Kloster große Verluste erlitten habe und daß er den Gewinnanteil, der durch den Schmuggel auf ihn entfallen sollte, zur Deckung der Verluste des Klosters habe benutzen wollen.

Eine Explosion und Brandkatastrophe. Ludwigshafen, 19. Juli. (W.B.) Die „Pfälzische Post“ meldet: Im Saarländischen Wald befinden sich 300 Baracken mit Fliegerbomben, Granaten, Gasbomben, Artilleriemunition etc. aus deutschen Heeresbeständen. Durch die ungeheure Hitze der letzten Tage wurden Leuchtgas und andere entzündbare Körper, welche durch Diebe aus den Schuppen entwendet und im Walde verloren gegangen waren, zur Entzündung gebracht. Das Feuer griff auf die Baracken über, die mit ungeheurer Detonation in die Luft flogen. Bis Saargemünd, Forbach und St. Avold wurde die Explosion gehört. Ganz besonders schwer war die Detonation in Saarlouis hörbar, wo unzählige Fensterscheiben zertrümmert und Hunderte von Dächern abgedeckt worden sind. Passanten wurden zu Boden geschleudert. Es entstand eine allgemeine Panik, weil die Gefahr der Herannäherung der giftigen Gase bestand. Die Bewohner, der der Gefahr am meisten ausgesetzt sind, haben ihre Wohnungen verlassen. Französische Soldaten mit Gasmasken und Löschapparaten ausgerüstet, rücken von Saargemünd an. Der Wald wurde in weitem Umkreise abgeholt und ein acht Meter breiter Graben rings um die Brandstelle ausgehoben. Man hofft so das Feuer lokalisierten zu können. Das Feuer wütet noch weiter. Sonderzüge mit 200 Wagen stehen bereit, um die Bevölkerung forttransportieren zu können.

Die junge Generation in England. Eine stille Hoffnung erwecken sicherlich in so manchem die vom Geiste echter Verhältnismäßigkeit und Brüderlichkeit getragenen Worte von Miss Sharp, die kürzlich im Englischen Seminar in ihrer Muttersprache über „Die jüngere Generation in England“ sprach. Diese jüngere Generation verkörpert für die Rednerin alle diejenigen, die mit neuen Gedanken da stehen wollen wo das alte System schiffbrüchig liegt. Leider ist dieser neue Geist bis auf vereinzelte schwache Anfänge, in den Schulen und Universitäten Englands noch nicht zu finden; dagegen prägt er sich um so deutlicher in der besonders während des Krieges erstarkten sozialistischen Bewegung aus. Neben der großen, klassenbewußten Arbeiterpartei spielen die vielen sozialistisch gesinnten Intellektuellen eine große Rolle, die zum Teil aus der politischen Fabian Society hervorgegangen, unter Vermeidung jeden Klassenkampfes, nur das System befehlen. Im Zeichen des Fortschritts steht auch „The New Commonwealth of Men and Women“, eine Gesellschaft deren Bestrebungen auf ein kameradschaftliches Zusammenarbeiten von Männern und Frauen hinarbeiten unter Hinwegsetzung aller herrschenden, ungerechtfertigten Vorurteile. In Kunst und Literatur macht sich ein Streben nach größerer Wahrhaftigkeit und tieferer Bildung geltend, doch diese Bewegungen stehen den sozialistischen an Kraft durchaus nach. Eine ungesunde Vergnügungssucht macht sich unter der englischen Jugend wie überall geltend. — Leider fehlt jedes Mittel, sich ein zahlenmäßiges Bild von der jüngeren Generation zu machen. Miss Sharp glaubt an die Kraft und den Sieg des neuen Geistes; doch wir dürfen nie vergessen, daß in dem siegreichen England allgemein wenig Reue besteht, den „conscientious objectors“, wie man diese Idealisten nennt, Beachtung und Gehör zu schenken.

Amtlicher Teil. (Nr. 165 vom 21. Juli 1920.) Auf Anordnung der Reichslandratsstelle wird der zunächst am 35. März je Zentner festgesetzte Frühkartoffel-Erzeugerhöchstpreis für die Provinz Hessen-Rhassau hierdurch mit Wirkung vom 21. Juli auf 32 Mark je Zentner ermäßigt. Cassel, den 17. Juli 1920. Provinziallandratsstelle.

Wird veröffentlicht. Limburg, den 20. Juli 1920. Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

Bekanntmachung. Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsfinanzminister gehalten wir Kreditgenossenschaften (Spar- und Darlehnskassen), welche die rechtzeitige Anmeldung ihres Betriebes gemäß § 76 Reichs-Stempelgesetz veräumt haben, die Fortführung ihres Geschäftsbetriebes im Sinne des § 1 Abs. 1 der zweiten Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 14. Januar 1920 (R. G. Bl. S. 50), sofern sie bei Inkrafttreten des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 8. September 1919 (R. G. Bl. S. 1540) schon bestanden und einem Revisionsverbande gemäß §§ 54 ff. des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in der Fassung vom 20. Mai 1898 (R. G. Bl. S. 810) angeschlossen waren.

Die Entscheidung auf Anfragen Beteiligten darüber, welche Unternehmungen im einzelnen unter diese Vorschrift fallen, übertragen wir den Regierungspräsidenten und in Berlin dem Polizeipräsidenten. Berlin, den 5. Mai 1920.

Der Minister für Handel und Gewerbe. In Vertretung: gez. Dönhoff.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Im Auftrage: gez. Arenlin.

Betr. Festhaltung von Schwindlern. Von den mit der Auszahlung von Gebühren an heimgekehrte Kriegsgefangene betrauten Stellen wird immer wieder gefordert, daß es den Polizeibehörden häufig an Entgegenkommen mangelt, wenn diese falschen Heimkehrer, die versucht haben, die den echten Heimkehrern zukommenden Gebühren zu erhalten, zur Inhaftnahme eingeliefert werden. In den meisten Fällen werden diese Betrüger von den Polizeibehörden nach langer Zeit entlassen, obgleich fast immer Fluchtverdacht oder die Gefahr der Verurteilung vorliegt. Der Erfolg ist, daß diese Betrüger, durch den ersten Mißerfolg erfahrener und durch die schnelle Entlassung frecher geworden, den gleichen Betrug sofort wieder gegen eine andere Stelle versuchen. Hierfür liegen mannigfache Beweise vor.

Auf Wunsch des Heeresabwollungsamts Preußen (Fahndungszentrale) ersuche ich daher ergebenst, die beteiligten nachgeordneten Dienststellen zu veranlassen, daß sie die ihnen eingelieferten Betrüger vorläufig festhalten und sofort den zuständigen Staatsanwalt um Herbeiführung der Inhaftnahme ersuchen. Berlin, den 8. Januar 1920.

Der Minister des Innern. In Vertretung: gez. Freund.

II. a. 14.

An die Polizeiverwaltungen und Ortspolizeibehörden im Kreise Limburg.

Vorliegender Erlass des Ministeriums des Innern bringe ich hiermit wiederholt zur Kenntnis und ersuche genau danach verfahren zu wollen. Limburg a. L., den 7. Juli 1920.

Der Landrat: Schenk

Unsere Bekanntmachung über die Beiträge zur Invalidenversicherung im Kreise Limburg vom 30. Dezember 1913 wird infolge Änderung der Satzungen, für die Mitglieder der nachbezeichneten Krankenkasse wie folgt geändert: Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Limburg zu Limburg.

Lohnstufe I: Beitragssatz der Lohnklasse III zu 34 Pfg., vom 1. 8. 20. ab zu Mark 1,10.

Lohnstufe II bis XII: Beitragssatz der Lohnklasse V zu 50 Pfg., vom 1. 8. 20. ab zu 1,40 Mark.

Wenn im voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart ist, so sind Beiträge derjenigen Lohnklasse zu entrichten, in deren Grenzen diese bare Vergütung fällt, sofern diese Beiträge höher sind, als die nach der vorstehenden Bekanntmachung maßgebenden — § 1247 der Reichsversicherungsordnung —

Rassel, den 5. Juli 1920.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Hessen-Rhassau.

Dr. Schrader.

I. Nr. 26g.

Es ist von verschiedenen Seiten darüber Klage geführt worden, daß ehemalige russische Kriegsgefangene durch die Deutsche Arbeiterzentrale nach dem für ausländische Arbeiter eingeführten Legitimationsverfahren legitimiert werden.

Da die Deutsche Arbeiterzentrale regelmäßig nicht in der Lage sein wird, selbständig eine Prüfung darüber vorzunehmen, ob es sich um freie Arbeiter oder ehemalige Kriegsgefangene handelt, und sich vielmehr auf die von den unteren Verwaltungsbehörden gestellten Anträge stützen muß, ersuche ich, Anträge auf Legitimierung hinfür nur für solche ausländischen Arbeiter zu stellen, bei denen zweifelsfrei feststeht, daß es sich nicht um ehemalige Kriegsgefangene handelt.

Limburg, den 15. Juli 1920.

Der Landrat.

2. 2389.

: Elektr. Bügeleisen :

Elektr. Installations-Material für Lichtleitungen in grosser Auswahl.

Glaser & Schmidt, Limburg.

7/165

Chapeauclaque, ein

Gylinder mit 250 und ein

Gehrock mit 350 zu 80

tauf'n 8/64

Brühl, Gchhöfsweg 6.

Metallbetten

Stahlrohrmatratzen, Kinderbetten,

Polster an jedermann. Rat. frei.

Elkennsabrik, Suhl, Thür.

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt. — Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. The left edge of the page shows the binding of the book.